

Gemeindevertretung, 17.5.2022

Tagesordnungspunkt 12 „Beratung und Beschlussfassung über die weitere Zusammenarbeit aller Parteien in Bezug auf alle Bildungsangelegenheiten in der Gemeinde Höchst“

Bernd Brunner, Fraktionsobmann Höchste Zeit und die Grünen

*Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Gemeindevertretung;
werte anwesende Bürgerinnen und Bürger*

Wir alle hier sind angetreten, um ein politisches Amt für unsere Gemeinde zu übernehmen und eine positive Weiterentwicklung zu unterstützen. Dabei orientieren wir uns daran, unsere Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Dies steht sinngemäß auch unter §37 im Vorarlberger Gemeindegesetz und jeder der hier anwesenden Mandatäre wurde im Zuge der Angelobung in die Gemeindevertretung auch so vereidigt.

Im Namen aller Oppositionsparteien wurde der TO Punkt zum Thema Bildung eingebracht, da wir gerade hier einen großen Bedarf sehen, dass alle Mandatäre und die Höchster Bevölkerung umfassend mit denselben Inhalten informiert werden.

Seit Beginn unserer politischen Tätigkeit bekommen wir es auf unterschiedlichen Ebenen mit: Im Zusammenhang mit Bildungsthemen oder der Zusammenarbeit mit privaten Bildungseinrichtungen gibt es Spannungen - es läuft nicht rund, ist mühsam für alle Beteiligten und kostet viel Energie.

Wir vermissen hier eine Haltung, der offenen und partnerschaftlichen Kommunikation, in der Bildungsvielfalt nicht nur eine Worthölse ist, sondern auch gelebt und unterstützt wird. Dies kann aber nur gelingen, wenn mit einer grundsätzlichen Einstellung des gemeinsamen Gelingens gearbeitet wird. Leider vermissen wir diese Haltung.

Beispiele dafür sind:

- Mietvertrag Schulstube
- Standortsuche Schulstube
- Umgang mit möglichem Schulstandort Alte Stuhlfabrik
- Kinderstube – Förderungen / Tipi Platz etc.
- und nun zu guter Letzt die Kündigung vom Kinderhaus im Kindercampus

Es ist uns als Opposition ein großes Anliegen, dass gerade im Bildungsbereich, die Arbeit mit den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen von einer offenen und ehrlichen Kommunikation und einer Verlässlichkeit getragen wird.

Wir stehen dafür, dass wir gemeinsam an Lösungen arbeiten und nicht Weiterentwicklung und Veränderung verhindern.

Im diesem Sinne fordern wir eine offene und transparente Diskussion, in der alle wichtigen und wesentlichen Inhalte und Themen offengelegt, und nicht im stillen Kämmerlein besprochen werden.

Vielen Dank

Mag. Michaela Müller, Gemeinderätin

Aus meiner Sicht stehen wir derzeit vor **einem großen Fragezeichen, wie es in der Zusammenarbeit** mit der Kindercampus GmbH und der Gemeinde weiter gehen wird. **Ja**, es wird nun mit einem Prozess versucht, ob eine gemeinsame Zukunft möglich ist. **Ja**, dieser Prozess kann eine Chance sein – hoffentlich gelingt er! Dennoch ist bereits ein **großer Schaden entstanden!**

Zum Einen **finanziell**: Kosten fallen ja nun schon für den Prozess an und es wird die Gemeinde - also den Steuerzahler - mehrere Millionen Euro kosten, wenn der angesprochene Prozess nicht gelingt. Das bedeutet auch, dass wir für andere Projekte keine Planungssicherheit haben, weil zuerst abgewartet werden muss, was hier raus kommt. Schiebt alles nach hinten.

Zum Anderen: Die **Zusammenarbeit** wird deutlich schwieriger: das Vertrauensverhältnis ist auf allen Seiten beschädigt.

Ich möchte betonen, dass das Vertrauen nicht leidet, wegen der Tatsache, dass es zu Problemen gekommen ist, viel mehr wegen der Art und Weise wie damit umgegangen wird.

Was mir persönlich sehr zu denken gegeben hat:

Eine Aussage der Obfrau im Bildungsausschuss, nachdem die Kündigung ausgesprochen wurde:

„Zum Glück kann sich das unsere Gemeinde leisten.“ (gemeint ist ein Neubau vom Kinderhaus) Dies hat mich dann schon sehr verwundert – ein paar Millionen sind ein hoher Preis für eine misslungene Zusammenarbeit.

Nein, dieses Geld haben wir nicht. Ich frage mich auch nach welcher Planung (Bedarf, Kapazität, Standort etc.) ein Kinderhaus aus dem Ärmel geschüttelt werden soll.

Wie geht man damit um, wenn es Probleme gibt?

Ich kann sagen, was ich mir erwartet hätte:

Erstens: zumindest eine Info, dass es in der Zusammenarbeit nicht gut läuft und zweitens: dass jemand für diese Situation die politische Verantwortung übernimmt. Das ist bis zum heutigen Tag nicht geschehen. Nicht vom Bürgermeister und nicht von der zuständigen Gemeinderätin. Es gibt immer noch keine öffentliche Stellungnahme zur Kündigung, was auch bedeutet, dass die Bevölkerung hier nicht informiert wurde.

Dies ist aus meiner Sicht **keine gute Kultur der Zusammenarbeit** und **des Vertrauens** – nicht mit politischen Mitstreiter:innen und auch nicht gegenüber unserer Bevölkerung.

Wesentliche Fragen bleiben immer noch unbeantwortet:

Warum ist es so weit gekommen?

Warum hat es eine Kündigung gegeben?

Wie geht es weiter?

Was, wenn der bevorstehende Prozess kein Ergebnis bringt?

Ich wünsche mir für die zukünftige politische Arbeit, dass wir an gemeinsamen Lösungen für Höchst arbeiten. Auch wenn es Probleme gibt oder gerade dann. Dass wir uns **gegenseitig der Sache wegen zuhören und** im Austausch sind und nicht, wenn es unbequem wird, die Dinge unter den Teppich kehren, den Schein aufrecht erhalten und tun, als ob alles gut läuft.

Danke!

Johann Födeles

Zusammenarbeit und Information im Bildungsausschuss

Ich möchte noch ein paar Worte aus der Perspektive der Ausschusszusammenarbeit sagen.

Wir haben in Höchst viel Potenzial gerade in dem Bildungsbereich ein Leuchtturm- funktion zu übernehmen, nicht nur strukturell aber auch mit der vorhandene Diversi- tät, wäre es möglich für alle Bewohnerinnen und Bewohner die für sie passende Wahlmöglichkeiten zu bieten.

Wie bereits angesprochen sind die grössten Probleme, die fehlenden Informationen beziehungsweise das zurückhalten von Informationen. Der Ausschuss wird lediglich über bereits beschlossene Entscheidungen (wie auch immer diese getroffen wurden) informiert.

Das Mitgestalten ist aus Mangel an Informationen, schwierig, und ganz sicher keine gute Basis, um miteinander zusammen zu arbeiten.

Die meisten TOP in der Ausschusssitzung werden unter «Mitteilungen» abgehan- delt.

Angelegenheiten, die direkt und indirekt die Bildungslandschaft betreffen, wie z.B. das Projekt alte Stuhlfabrik werden als nicht relevant abgestempelt und dem Ausschuss gar nicht die Möglichkeit gegeben eine eigene Meinung zu bilden.

*Wir sind gewählte MandatarInnen, MandatarInnen, die **das Recht** haben vollends über die Ereignisse informiert zu werden, damit wir in der Lage sind unsere (Ehren- amtliche) politisch Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen durchzuführen.*

Beispiele dafür was falsch läuft gibt es mehrere! Herausheben möchte ich wiederholt folgende:

- 1. Die noch immer nicht vorhanden professionelle und vollständige Kapazitäts- analyse für die Kleinkindebetreuung, Kindergarten und Schulen.*
- 2. Eine **transparente** Haltung zu den alternativen Bildungseinrichtungen*
- 3. Und last but not least die Tatsache, dass der Bildungsausschuss mitunter als*

letzter von der Causa Kinderkampus „informiert“ worden sind und wir als Bil- dungsausschuss keinerlei Einsicht in die Aktivitäten haben.

Long Story short.

*Ohne vollständige und wahrheitsgetreue Informationen, ohne die Möglichkeiten uns auf Augenhöhe begegnen zu können, ist es uns **gewählten MandatarInnen** nicht möglich unseren politischen Auftrag, die durch die Höchster Wählerinnen und Wähler erteilt wurde, wahrzunehmen.*

Das grenzt offensichtlich an vorsätzliche Be- und Verhinderung. Danke für die Aufmerksamkeit.